

Große Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 14.11.2016

„Reichsbürger“ in Niedersachsen - Was passiert?

Am 19. Oktober 2016 schoss ein „Reichsbürger“ im Landkreis Roth in Mittelfranken auf Beamte eines Sondereinsatzkommandos der Polizei. Ein Polizist kam ums Leben. Drei Polizeibeamte wurden verletzt.

Die sogenannte Reichsbürgerszene ist auch in Niedersachsen aktiv. So berichtet die *Nordwest-Zeitung* vom 24. Oktober 2016 von über 40 Vorfällen in zwei Jahren in Niedersachsen. Dies entspricht der Antwort der Landesregierung in der Drucksache 17/5107 auf eine bereits Ende 2015 gestellte Anfrage des Fragestellers Thomas Adasch in der Drucksache 17/4789.

Die *Welt* berichtet in ihrer Ausgabe vom 25. Oktober 2016 („Wer den Staat ablehnt, kann nicht für ihn arbeiten“), dass CDU und SPD im Bund Disziplinarmaßnahmen gegen „Reichsbürger“ im öffentlichen Dienst fordern.

Bei der Beantwortung einer Dringlichen Anfrage der CDU-Fraktion zum Linksextremismus am 27. Oktober 2016 forderte Innenminister Pistorius die politischen Gremien auf, sich auch mit dem Phänomen der Reichsbürger zu befassen.

Unter Bezugnahme auf die Urteile des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 29. Januar 2016, Az. StGH 1, 2 und 3/15, Rn. 46, und vom 22. August 2012, Az. StGH 1/12, Rn. 54-56, weisen wir darauf hin, dass wir ein hohes Interesse an einer vollständigen Beantwortung unserer Fragen haben, die das Wissen und den Kenntnis-/Informationsstand der Ministerien, der ihnen nachgeordneten Landesbehörden und, soweit die Einzelfrage dazu Anlass gibt, der Behörden der mittelbaren Staatsverwaltung aus Akten und nicht aktenförmigen Quellen vollständig wiedergibt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die „Reichsbürger“?
2. Welche unterschiedlichen Gruppen oder Bewegungen von „Reichsbürgern“ oder „Reichsregierungen“ sind der Landesregierung bekannt?
3. In der Szene der „Reichsbürger“ haben sich inzwischen mehrere „Reichsregierungen“ gegründet. Hat eine dieser „Reichsregierungen“ ihren Sitz in Niedersachsen? Wenn ja, welche?
4. Wie unterscheiden sich die der Landesregierung bekannten Gruppen der „Reichsbürger“?
5. Welche personelle Stärke haben die unterschiedlichen Gruppen insgesamt und speziell in Niedersachsen nach Kenntnis der Landesregierung?
6. Inwieweit sind der Landesregierung Personen bekannt, die sowohl den „Reichsbürgern“ als auch anderen Gruppierungen der rechtsextremen Szene angehören?
7. Inwieweit sind der Landesregierung sonstige Verbindungen zwischen „Reichsbürgern“ und weiteren Aktivisten der rechtsextremen Szene bekannt?
8. Inwieweit sind der Landesregierung Verbindungen zwischen „Reichsbürgern“ und AfD bekannt?
9. In wie vielen Fällen im Jahr 2016 haben „Reichsbürger“ in Niedersachsen Landesbedienstete belästigt, bedroht oder ihnen bzw. Angehörigen nachgestellt?

10. In wie vielen Fällen im Jahr 2016 haben „Reichsbürger“ Strafanzeige gegen Landesbedienstete erstattet, und wie sind diese Strafanzeigen bislang beschieden worden?
11. In wie vielen Fällen im Jahr 2016 haben „Reichsbürger“ Klage gegen Landesbedienstete eingereicht, und wie ist jeweils der Sachstand dieser Verfahren?
12. Wie viele der Landesregierung bekannte „Reichsbürger“ dürfen Waffen besitzen, und wie viele besitzen wie viele legale Waffen?
13. Sind Personen, die der Szene der „Reichsbürger“ angehören, zuverlässig im Sinne des Waffenrechts?
14. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über illegalen Waffenbesitz durch „Reichsbürger“?
15. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in der „Reichsbürger“ mit erfundenen Geldforderungen und einem maltesischen Inkassobüro versuchten oder versuchen, Landesbedienstete einzuschüchtern? Wenn ja, wie wurde hier verfahren?
16. Wie viele Ausweisdokumente wurden von „Reichsbürgern“ zurückgegeben? Was passiert dann?
17. Wie viele Fälle von „Reichsbürgern“ gibt es in Niedersachsen, die sich weigern, Steuern, Beiträge, Gebühren oder Bußgelder zu zahlen?
18. Auf welchen Betrag summieren sich die von „Reichsbürgern“ verweigerten Steuern, Beiträge, Gebühren oder Bußgelder?
19. Was passiert, wenn sich „Reichsbürger“ weigern, Steuern, Beiträge, Gebühren oder Bußgelder zu zahlen?
20. Richtet sich das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus auch gegen die „Reichsbürgerbewegung“? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?
21. Inwieweit zieht die Landesregierung aus dem Tod des Polizisten in Bayern durch einen „Reichsbürger“ Konsequenzen für Niedersachsen und verstärkt Maßnahmen gegen die „Reichsbürger“?
22. Nutzt die Landesregierung Datensysteme, um konkrete Erkenntnisse über „Reichsbürger“ zu gewinnen, etwa durch Erfassung im „NIVADIS-System“ der Polizei? Wenn ja, wie? Wenn keine Erfassung stattfindet, warum nicht?
23. Welche konkreten Handlungsanweisungen oder Ratgeber wurden oder werden in welchen Behörden für den Umgang mit „Reichsbürgern“ verteilt?
24. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, wo „Reichsbürger“ Mitarbeiter oder Beamte des öffentlichen Dienstes sind? Wenn ja, wie viele und in welcher Behörde?
25. Ist eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst nach Ansicht der Landesregierung mit der Überzeugung eines „Reichsbürgers“ zu vereinbaren? Wie wird oder müsste in einem solchen Fall verfahren werden?

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer